

Frage 38:**Rechsteiner. Sanktionen gegen Südafrika. Verhinderung von Umgehungsgeschäften über die Schweiz
Sanctions contre l'Afrique du Sud. Opérations de détournement par la Suisse**

Am 22. September hat es der Bundesrat einmal mehr abgelehnt, sich an Sanktionen gegen das Apartheid-Regime zu beteiligen. Gleichzeitig hat der Bundesrat jedoch angekündigt, «Massnahmen zu prüfen, damit das Gebiet der Schweiz nicht dazu missbraucht wird, die Sanktionen von Drittstaaten zu umgehen».

Was hat der Bundesrat nach den Sanktionsbeschlüssen der EG, der USA und Japan konkret vorgekehrt?

Bundesrat **Furgler**: Wir haben im Bundesrat gegenüber Südafrika eine ganz klare Politik. Sie ist Ihnen bekannt. Sie lautet, dass wir die Apartheid-Politik in jeder Form ablehnen. Sie führt mit Bezug auf wirtschaftliche Daten dazu, dass wir uns nicht für Sanktionen erwärmen können, weil wir deren Nutzen bis jetzt in der gesamten Entwicklung der Beziehungen zwischen den Völkern nicht feststellen konnten.

Konkrete Vorkehren würden sich aufdrängen, falls wir konstatieren sollten, dass gegen Südafrika gerichtete Massnahmen einer grossen Zahl von westlichen Industriestaaten über unser Land umgangen würden. Wir haben für solche Drehscheibenfunktionen nie etwas übrig gehabt, und ich versichere Ihnen, Herr Rechsteiner, dass wir auch jetzt durch unsere Aemter, die die Handelsbeziehungen beobachten, uns selbst in die Lage versetzen festzustellen, ob diese saubere Politik durchgehalten wird.

Wir haben heute, da ich Ihnen antworten darf, keinerlei Anhaltspunkte, dass die Schweiz als Drehscheibe für Umgehungsgeschäfte dient, weder mit Bezug auf Waffenexporte, die in fast allen Ländern verboten sind, noch im Bereich des Exports von Nukleargütern oder Computerausrüstungen für die Armee und die Polizei, deren Ausfuhr letztes Jahr von den USA, von der EG und Japan untersagt worden ist.

Mit Blick auf Import kennen Sie unsere Politik. Aufgrund des in verschiedenen Ländern in Kraft stehenden Einfuhrverbotes für Krügerrands sind die schweizerischen Importe solcher Münzen schon vor dem vor zwei Wochen erlassenen EG-Importverbot zusammengeschrumpft.

Wir verfolgen also eine klare, überblickbare, saubere Politik. Sie liegt im Interesse unseres Landes. Wir werden Sie jederzeit nach Wunsch informieren können.